



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 6 - V - 4 0 - 0 0 2 6**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/4005

Stellenneuschaffungen Sozialpädagogen/Sozialarbeiter "Modellregion Inklusive Bildung in Wiesbaden"

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input type="radio"/>	nicht öffentlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Scholz

Stadträtin

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 149.193,15 €
 in %: 0,4 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2017	Personalkosten	172.560			1300260	630098	Personalkosten Sozialpädagogen/ Sozialarbeiter
			Deckung				300341	790498	Sonderprojekte D- Plan
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit Beschluss Nr. 0078 vom 21.03.2013 der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden zur "Modellregion Inklusive Bildung in Wiesbaden" zugestimmt. Damit verpflichtet sich der Schulträger vertraglich, mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 bis zum Schuljahr 2017/2018 pro Schuljahr jeweils drei neue Stellen für Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen/Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter im inklusiven Unterricht zu schaffen.

Anlagen:

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der LHW über die „Modellregion Inklusive Bildung in Wiesbaden“

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. zum Schuljahr 2013/2014 auf der Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2013 die Einrichtung von 3 Stellen Sozialpädagogen/Sozialarbeiter (TVöD S 12) erfolgte.
 - 1.2. zur Finanzierung von 3 weiteren Stellen für Sozialpädagogen/Sozialarbeiter zum Schuljahr 2014/2015 auf der Kostenstelle 1300260 Mittel in 2014 und 2015 überplanmäßig zugesetzt wurden.
 - 1.3. die Darstellung dieser weiteren 3 Stellen im Stellenplan 2014/2015 bisher nicht vollzogen wurde.
2. Zum Stellenplan 2018/2019 werden beim Schulamt, im Sachgebiet 400530 Ganztägige Angebote, insgesamt 6 Vollzeitplanstellen im Stellenwert S 12 TVSEW geschaffen. Darin enthalten sind 3 Vollzeitplanstellen zur Bereinigung der bisher überplanmäßigen Besetzungen für das Schuljahr 2014/2015, die bereits im Budget vorhanden sind.
3. Für die Einrichtung der 3 weiteren Stellen Sozialpädagogen/Sozialarbeiter (S 12 TVSEW) werden auf der Kostenstelle 1300260 zusätzliche Mittel in Höhe von 172.560 € für das Jahr 2017 bereitgestellt. Eine Deckung erfolgt aus dem Innenauftrag 300341 und Kostenart 790498 Sonderprojekte D-Plan.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit Beschluss Nr. 0078 vom 21.03.2013 der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden zur „Modellregion Inklusive Bildung in Wiesbaden“ zugestimmt. Damit verpflichtet sich der Schulträger vertraglich, mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 bis zum Schuljahr 2017/2018 pro Schuljahr jeweils drei neue Stellen (Vollzeitstellen) für Sozialpädagogen/ Sozialarbeiter im inklusiven Unterricht zu schaffen (§ 3 der Kooperationsvereinbarung).

Zur Verwirklichung der im Rahmen der Kooperationsvereinbarung vereinbarten Ziele und zum Gelingen der „Modellregion Inklusive Bildung in Wiesbaden“ ist es unerlässlich, die vertragliche Verpflichtung des Schulträgers vereinbarungsgemäß umzusetzen und den konsequenten Ausbau der soz.-päd. Fachkompetenz weiter zu verfolgen.

Der Einsatz der soz.-päd. Fachkräfte ist ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der inklusiven Beschulung. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen weder vom Grundschulunterricht der Regelschule noch vom Besuch weiterführender allgemein bildender Schulen auszuschließen, ist eine zentrale Aufgabe der Modellregion Inklusive Bildung. Um den Zugang zum inklusiven Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen zu ermöglichen, bedarf es der notwendigen fachlichen Unterstützung.

Die Arbeit in den Beratungs- und Förderzentren baut auf der Einbindung und dem kontinuierlichen Ausbau der Kompetenz der soz.-päd. Fachkräfte auf. Sie ist unverzichtbarer Teil der zwischen Land und Schulträger abgestimmten und stetig fortzuschreibenden Gesamtkonzeption des Modellvorhabens.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der bisherigen „Modellregionen Inklusive Bildung“ zu regionalen „inklusive Schulbündnissen (iSB)“ ist es Ziel des Hessischen Kultusministeriums, die zentralen Elemente der Modellregionen auf ganz Hessen zu übertragen und verlässliche Strukturen für die Inklusive Beschulung zu schaffen. Damit wird das Modell zum allgemeinen Konzept in der sonderpädagogischen Förderung.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 24. November 2016

4005

Rose-Lore Scholz
Stadträtin